

Kapitalismuskritik – neue Ideen erforderlich

1. Untergang des Kapitalismus?

In der gesellschaftspolitischen Diskussion ist die Frage nach der Perspektive des Kapitalismus wieder in den Fokus gerückt. Deutet die anhaltende systemische Krise des modernen Kapitalismus auf seinen sich andeutenden chronischen Niedergang hin, oder gibt es in dieser Gesellschaftsformation Potenziale zur Erneuerung? Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik befasst sich mit dieser Problematik, weil das für die Qualität und die unterschiedlichen Arten der wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen sowie für die mit ihnen aufzuzeigenden Schritte und Richtungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wichtig ist. Auch künftig ist ein intensiver Diskussions- und Verständigungsprozess über diese Fragen unverzichtbar.

Die weit über die Linke hinausgehende übereinstimmende These vieler kritischer Sozial- und Politikwissenschaftler lautet: „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte“. So stellte Wolfgang Streeck, langjähriger Direktor des Max Planck Instituts für Gesellschaftsforschung, fest: »Es wird nicht gutgehen mit dem Kapitalismus«. Seine Begründung: »Was wir derzeit erleben, erscheint im Rückblick als ein kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs, der sich zwar hinzieht, aber umso unerbittlicher durchsetzt. Was in Anbetracht der jüngsten Geschichte des Kapitalismus zu erwarten steht, ist eine lange und schmerzhaftere Periode kumulativen Verfalls, sich verschärfender Friktionen, zunehmender Fragilität und Ungewissheit sowie eine laufende Abfolge ›normaler Unfälle‹ – nicht zwangsläufig, aber durchaus möglicherweise, von der Größenordnung der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.« (Streeck 2015b: 120) Streeck ist der Meinung, „dass nirgendwo eine Kraft zu sehen ist, von der eine Umkehr der drei Abwärtstrends – beim Wirtschaftswachstum, der sozialen Gleichheit und der finanziellen Stabilität – und die Beendigung ihrer wechselseitigen Verstärkung zu erwarten wäre.« (Streeck, 2015a: 108)

Diese Debatte über einen Kapitalismus in der Zersetzung und Auflösung kann nach Ansicht der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik die Analysen der weiteren Krisenentwicklung sowie die Auseinandersetzungen um Alternativen nicht ersetzen: zum einen wird die weitere Entwicklung des Kapitalismus durch eine Zuspitzung und Ausbreitung tiefer, systemischer Krisenprozesse bestimmt und zum anderen sind die Anpassungsfähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus noch nicht erschöpft. Dies gilt es mit dem Ausarbeiten realistischer Alternativen für eine Änderung der gegenwärtigen neoliberalen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu nutzen. Gesellschaftspolitische Alternativen müssen von einer umfassenden Analyse den Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems im 21. Jahrhundert ausgehen. Ihre Realitätstauglichkeit und Nützlichkeit wird in hohem Grade davon abhängen, inwieweit sie die gegenwärtigen Krisenprozesse und ihr Konfliktpotential richtig zum Ausdruck bringen.

2. Kurze Geschichte des modernen Kapitalismus

Die Frage nach der weiteren Perspektive des Kapitalismus ist in der Sozialwissenschaft immer wieder aufgeworfen worden: Durkheim., Weber, Schumpeter, Keynes u.a. sowie weit später viele andere, wie Wolfgang Streeck, Immanuel Wallerstein, Slavoj Žižek, David Harvey, Axel Honneth, Stephan Schulmeister, Elmar Altvater, Jörg Huffs Schmid, hatten sich mit unterschiedlichen Sichtweisen und Begründungen mit dem Ende des Kapitalismus befasst. Ein Rückblick auf diese Debatten veranschaulicht den Bogen der Argumentation: vom Ausgangspunkt entgrenzter Märkte über die finanzmarktkapitalistische Transformation und Unterordnung des Staates bis hin zur Implosion der Strukturen demokratischer Willensbildung.

Die Aktualität der theoretischen Diskussion über ein ›Fin du capitalisme‹ speist sich aus den gravierenden Widersprüchen im globalen Kapitalismus seit der Großen Krise 2007/2008, der Verwerfungen bis heute nicht überwunden sind. Seit mehreren Jahren folgt die Geldpolitik in vielen Industrie- und Schwellenländern einem ausgesprochen expansiven Kurs. Weithin wurden dabei neben der expansiv ausgerichteten Zinspolitik auch andere, liquiditätsbereitstellende Maßnahmen ergriffen, um der im Zuge der globalen Rezession und Finanzkrise massiv sinkenden Kreditvergabe zu begegnen. Trotz der expansiven Politik erholt sich die Realwirtschaft kaum. Seit Beginn des neuen Jahrtausends hat sich in den OECD-Ländern das bereits vorher im historischen Vergleich niedrige Niveau der langfristigen Zinsen weiter und fortlaufend reduziert. Die Krise nach dem Platzen der Dot.com-Blase sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 haben den Prozess forciert. Angesichts dieser anhaltenden Krisentendenzen fangen viele Ökonomen und Sozialwissenschaftler an den bisherigen Theorien über den Kapitalismus zu zweifeln: »Wenn kaum ein Wertschöpfungsakt mehr ohne lobbyistische Begleitung, Subvention und Steuerausnahme erfolgt, ist auch der Begriff von der Privatwirtschaft Vergangenheit. Staat und Markt zu unterscheiden wirkt hilfreich, wenn man daran Utopien – der Gerechtigkeit, der Freiheit, Rechtssicherheit oder Effizienz – knüpfen will...Man hält an solchen Begriffen fest, doch nicht, weil sie viele Tatsachen erschließen, sondern weil man sie lieb gewonnen hat und keine anderen weiß.« (Kaube, FAZ vom 20.3.2013) Das bisherige Vertrauen in die Selbstheilungskräfte kapitalistischer Marktwirtschaften ist strapaziert und die bei Ausbruch der großen Krise im Herbst 2008 kurz aufblitzende These, dass nach Lehman Brothers nichts mehr so sein würde wie zuvor, gewinnt angesichts zunehmender gesellschaftlicher Zerstörung an Kontur. Mehr noch: Bei der Suche nach Erklärungen für diesen Niedergang gewinnt die Theorie von Karl Polanyi an Relevanz.

Folgt man Polanyi, dann ist der Ausbruch einer großen Krise die Konsequenz der Zerstörung der gesellschaftlichen und politischen Regulierungspotenziale in den entwickelten Gesellschaften, die ihrerseits immer wieder implementiert werden müssen. Es gibt in der Entwicklung des Kapitalismus eine widersprüchliche Bewegung: Wenn im Kapitalismus längere Zeit gesellschaftliche Kräfte in der Orientierung an der Rationalität der Märkte eben auch Zerstörungen von gesellschaftlichen Strukturen hinterlassen haben, wehrt sich eine Mehrheit der Gesellschaft, baut soziale Rahmenbedingungen und Regulative auf und sucht den Kapitalismus politisch und ökonomisch einzuhegen. Die scheinbar endlose Auseinandersetzung um die Qualität des gesellschaftlichen Käfigs, der konfliktuelle Prozess der Re-Regulierung sowie der Deregulierung von Produktions- wie Verteilungsverhältnissen führt zu einer Zerstörung des politischen Feldes. Hält man

sich also an diese Interpretation Polanyis, so gerät das politische Feld in den Blick der Krisenanalyse.

Für eine Krisenanalyse, die sich eine Einordnung der Ideologie des Neoliberalismus in die jüngere Geschichte des Kapitalismus und den Zusammenhang von Finanzmarktkapitalismus, Großer Krise und Postdemokratie zur Aufgabe macht, muss der Topos der »Great Transformation« eine Rolle spielen. So betont Wolfgang Streeck, dass die aktuelle Krise nur verstanden werden könne, wenn sie als Transformation der Gesellschaftsformation »demokratischer Kapitalismus« betrachtet werde: »Was derzeit geschieht, nimmt sich aus, als stamme es aus einem Polanyischen Bilderbuch.« (2013: 239)

Der harte Kern der langen Wende zum Neoliberalismus der zurückliegenden Jahrzehnte besteht in der weiter fortschreitenden Deregulierung nicht nur der Wirtschaft, sondern zunehmend aller gesellschaftlichen Bereiche und Verhältnisse auf Grundlage einer Verabsolutierung der Macht der Märkte. Die wichtigsten Aspekte der Veränderung: Übergang zur flexiblen Massenproduktion, Qualifikation des Arbeitskörpers, weiterer Abbau des Sozialstaats, zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung sowie Übergang vom Managerkapitalismus zur Herrschaft des shareholder value. Diese Transformation erfolgt bei einem bemerkenswert schwachen politisch-sozialen Widerstand der betroffenen sozialen Schichten, aber mit starkem politischem Flankenschutz für den „Ausbruch des Raubtiers aus dem Käfig.“ Während sich die keynesianische Nachkriegsordnung allmählich auflöste, also seit das Kapital aus seinem Käfig ausgebrochen ist, haben die Staaten verschiedene Varianten der Beeinflussung ausprobiert. Es begann mit der Inflation der siebziger Jahre, die von der Staatsverschuldung der achtziger und neunziger Jahre abgelöst wurde. Als diese an Grenzen stieß, wurde in vielen Ländern das private Schuldenmachen erleichtert, als Ergänzung für das staatliche Schuldenmachen und die ausbleibenden Einkommenszuwächse.

Die Verwandlung der Kapitalmärkte in Märkte für Unternehmenskontrolle trieb die Herrschaft der Vermögensbesitzer und ihrer Verwaltungsgesellschaften voran, die von Keynes prognostizierte Selbstaufhebung der Charaktermaske des Rentiers schlägt um in eine neue Herrschaftsform des Kapitalismus. Die Explosion der Inflationsraten und die anlaufende Welle der Staatsverschuldung waren Konsequenzen einer unzureichenden Wirtschaftssteuerung und einer Umverteilungspolitik, die nachfolgend das hegemoniale Politik- und Herrschaftsmuster bestimmten. Joan Robinson verwies schon Ende der 1960er Jahre zurecht darauf, dass der Managerkapitalismus hinter dem Rücken der Akteure in ein neues Entwicklungsstadium hinüber gerutscht sei. (Robinson 1968) Der Nettoertrag der reifen kapitalistischen Gesellschaften gehört mehr und mehr den Aktionären und den darauf aufbauenden Verwertungsfonds. Was technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation, Lohnarbeit und Geschäftstüchtigkeit an Vermögen schaffen, fällt einer schmalen Schicht von Rentiers in den Schoß.

Die mögliche Reformperspektive dieses reifen Kapitalismus scheitert an einem *Demokratieversagen*: »Versagt haben Demokratie und demokratische Politik, als sie versäumt haben, die Konterrevolution gegen den Sozialkapitalismus der Nachkriegsära als solche zu erkennen und sich ihr zu widersetzen.« (ebenda: 111)

3. Der »kurze Traum« von der sozialen Marktwirtschaft

Unter den Theoretikern über die Transformation der Kapitalismus nimmt Polanyi eine herausragende Position ein (Polanyi 1944). Er erzählt die Geschichte vom Aufstieg und Niedergang der entfesselten Marktwirtschaft. Seine Analyse zielt darauf, den Kapitalismus vor dem Kapitalismus zu retten – nach seinem Niedergang oder der Zerstörung. Erst wenn die Wirtschaft wieder in das gesellschaftliche und politische Leben eingebettet werde, könne die Entfremdung der Moderne geheilt werden, stellt Polanyi fest.

In der Tat kam es nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen kapitalistischen Ländern zeitversetzt und in national unterschiedlichen Ausprägungen zu »gemischten Wirtschaftsordnungen« mit weitreichenden Dekommodifizierungen (Zurückdrängen des Warencharakters) auf den Arbeitsmärkten, sozialem und gemeinwirtschaftlichem Wohnungsbau sowie (inter-)national regulierter Geld- und Währungspolitik, kodifiziert im Bretton Woods-System vom Juli 1944. Für das »golden age« trifft Polanyis Deutung der eingehegten Marktdynamiken im fordistischen Nachkriegskapitalismus zu. Zugleich lässt sich aber die Periode seit Ende der 1970er Jahre als *erneute Transformation* deuten, in der es dann in einem längeren geschichtlichen Prozess wieder zu einer zeitlich und national differenzierten »Entbettung« kapitalistischer Marktdynamiken mit all ihren Folgewirkungen bis zur Großen Krise von 2007ff. gekommen ist.

Wenn wir diese jüngste Entwicklung ähnlich wie die Nachkriegsperiode unter dem Aspekt der Doppelbewegung, der sozialen Entbettung und Einbettung der kapitalistischen Marktwirtschaft und -gesellschaft analysieren und bewerten, ist das Ergebnis ebenfalls eindeutig. Insgesamt dominiert im Kapitalismus dieser Zeit, die unter der Ägide des Neoliberalismus steht, die Bewegung in Richtung sozialer Entbettung, zunehmender Kommodifizierung und Unterordnung unter die Marktgesetze, Demokratieabbau, Deregulierung. Dabei ist für diese negative Seite der Doppelbewegung charakteristisch, dass sie sich ungeachtet ihres weitgehenden Scheiterns bei der Lösung der großen Probleme unserer Zeit ungebrochen und sogar mit zunehmender Schärfe durchsetzt – »Ein Triumph gescheiterter Ideen« (Lehndorff 2014). Bisher ist auch kein Ende dieser Dominanz erkennbar. Es gibt jedoch auf einzelnen Gebieten neue Entwicklungen, wie im international-globalen Maßstab die Verringerung der Nord-Süd-Polarisierung durch die hohe wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern, insbesondere in den BRICS-Staaten, und im nationalen Maßstab einzelner Staaten, wie in Deutschland, die Einführung von Mindestlöhnen, die Berücksichtigung der Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung, steigende Reallöhne in den letzten Jahren, Schritte einer gewissen Finanzmarktregulierung. Diese positiven Aspekte haben jedoch bis heute nichts an der oben charakterisierten bestimmenden negativen Grundtendenz der Doppelbewegung geändert. Diese Grundtendenz äußert sich in mehreren krisenhaften Prozessen und Zusammenhängen, die die Grundprobleme des gegenwärtigen Kapitalismus kennzeichnen und aus denen Konsequenzen für notwendige und mögliche Alternativen für eine Transformation des Kapitalismus abgeleitet werden können und auch müssen.

4. Super-Gau Europas und »Lob der Abwertung«?

Viele Jahre nach dem Ausbruch der großen Krise 2007 ff sind alle europäischen Länder von einem »normalen« Akkumulationsrhythmus weit entfernt. Die Länder driften ökonomisch und politisch weiter auseinander. Nicht zuletzt wegen der politisch-sozialen Verwerfungen in den Krisen-Kernländern kann ein Super-Gau

nicht ausgeschlossen werden, d.h. eine Kettenreaktion in der Zerstörung der Integrationsstrukturen der Europäischen Union.

Das Zauberwort der von den Eliten angestrebten Krisenlösung heißt »Strukturreformen«. Aber was bedeutet Strukturpolitik, nachdem unter der Hegemonie des Finanzmarktkapitalismus der Akkumulationsprozess, vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien und etlichen kleineren Ländern, weg von der industriellen Produktion in Richtung auf eine Expansion des Bauwesens sowie von Finanzdienstleistungen gelenkt worden war – mit dem bösen Erwachen der politischen und wirtschaftlichen Eliten Europas angesichts der fortgeschrittenen Deindustrialisierung.?

Einige Kritiker des europäischen Kapitalismus flüchten zum Lob der nationalen Währungen. Sie ahnen zugleich, dass im Zeitalter eines reifen Kapitalismus – am Ende von Mangelwirtschaft und angesichts einer enormen globalen Ersparnisschwemme (Überschuss an Geldkapital) – die Möglichkeiten eines Abwertungswettlaufes begrenzt sind. Eine zukunftsfähige Alternative liegt vielmehr in der strukturpolitischen Gestaltung der Binnenökonomien, was freilich Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse, ein anderes gesellschaftliches Arbeitsregime und demokratische Wirtschaftssteuerung einschließt.

Die dominierende Politik mit Schuldenbremse, Fiskalpakt und Austeritätspolitik manövriert Europa immer stärker in eine Sackgasse. Es gibt realisierbare Alternativen zu diesem gescheiterten Kurs. Aber Bedingung für den Politikwechsel ist eine Aussetzung der Austeritätspolitik und die umfassende Einbettung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformansätzen in eine breite Bürgerbeteiligung. Die häufig geforderte Renationalisierung der Wirtschafts- und Geldpolitik würde es den Peripherieländern zwar gestatten, ihre Währungen abzuwerten, doch hätten sie es danach um so schwerer, neue Felder der Produktion zu etablieren, ihre Euro-Schulden zu bedienen und die Abhängigkeit von den internationalen Kapitalmärkten wäre verfestigt. Die äußere Abwertung ist kein Patentrezept zur raschen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Schließlich würden die Turbulenzen auf den Finanzmärkten auch für die Mitgliedsländer einen unkalkulierbaren Dominoeffekt auslösen. Auch hier wäre eine Strategie gegen Europas interne Ungleichgewichte und Deutschlands enormen Leistungsbilanzüberschuss sinnvoller. Die Alternative zum Wettlauf um Wettbewerbsvorteile ist eine Verständigung auf eine zwischenstaatliche wirtschaftliche Arbeitsteilung und eine Industriepolitik, die in den Volkswirtschaften der Peripherie der EU die Produktivität und den Export fördert.

Im Unterschied zur Nachkriegskonstellation findet sich heute im bürgerlichen Lager kein tragfähiges oder gar zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Projekt einer Krisenlösung. Das wäre aber die Nagelprobe für das »Kritische« an sozialwissenschaftlicher Zeitdiagnose.

Insgesamt zeigen die Parteien des »bürgerlichen Lagers« und der europäischen Sozialdemokratie, die bis dahin die Machtverhältnisse geprägt haben, Symptome konzeptioneller Schwäche, Hilflosigkeit bei der Mängelverwaltung und ein Amalgam von Bereicherungstrieb und offenkundiger Korruption. Parteiapparate erweisen sich als geschlossene Systeme mit verbrauchten Figuren, die angesichts wachsender sozialer Spaltungen den Kontakt mit der gesellschaftlichen Basis verlieren. Beide Parteienfamilien haben kaum überzeugende Antworten auf die schwache wirtschaftliche Dynamik, die wachsende Kluft in den Verteilungsverhältnissen und den Niedergang der öffentlichen Infrastruktur.

Passend zur vorherrschenden Stimmung von Zukunftsangst, Misstrauen und Unlust ist eine zunehmende Zahl von WählerInnen, die bereit sind, den Rechtspopulisten eine Chance zu geben, zumal wenn diese bei aller Radikalität auch ihre Differenz zu Faschismus und Rechtsextremismus herausstellen.

Die bestimmenden Themen der politischen Diskussion: Wirtschaftsflaute, Arbeitslosigkeit, zunehmende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, Fortbestehen frauen diskriminierender gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse, insgesamt eine offenkundige Vertiefung aller Phänomene der sozialen Spaltung. Für den chronischen Niedergang des sozialen Status der gesellschaftlichen Mittellagen werden vor allem die Unfähigkeit der Eliten, die unzureichenden Regelungen für eine europäische Zusammenarbeit sowie die Migrantinnen und Flüchtlinge verantwortlich gemacht. Vor allem Europaskepsis, Elitenfeindschaft und Islamfeindlichkeit sind aktuell eine explosive Mischung, auf die rechtspopulistischen Parteien in Europa bauen. Ihre politischen Ziele reichen vom Wunsch nach »Ordnung«, »Autorität« und »Identität« über die Agitation gegen Minderheiten wie Sinti und Roma bis hin zur Forderung, ein »weißes Europa« ohne »jüdischen Einfluss« zu schaffen. Vor allem mit den anwachsenden Fluchtbewegungen nach Europa verstärken sich diese Tendenzen.

5. Systemische Krise im gegenwärtigen Kapitalismus

Die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus – im globalen Maßstab als Weltkapitalismus, im Maßstab der EU und der Eurozone als Eurokapitalismus sowie auch als nationale Kapitalismen in den jeweiligen kapitalistischen Staaten – ist durch tiefe krisenhafte Prozesse und Konflikte gekennzeichnet, die zu grundlegenden Funktionsstörungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess führen. Diese beziehen sich vor allem auf die Schwächung, Untergrabung und teilweise Zerstörung der Bedingungen für die Fortführung einer dynamischen gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, die auf die Befriedigung der grundlegenden Lebensbedürfnisse der Menschen, auf soziale Sicherheit sowie auf lebenswerte und zukunftsfähige natürliche Umweltbedingungen gerichtet sind.

Die Möglichkeiten einer progressiven Lösung der hiermit verbundenen Probleme, Konflikte und Widersprüche im Interesse der Menschen nehmen unter Beibehaltung des Kapitalismus in der Grundtendenz ab. Dies ist vor allem auf die weltweite Durchsetzung des Finanzmarktkapitalismus und die Dominanz des Neoliberalismus in der nationalen, europäischen und globalen Wirtschaftspolitik zurückzuführen.

Der Finanzmarktkapitalismus ist gekennzeichnet durch die zunehmende Finanzialisierung der gesellschaftlichen Beziehungen, eine rasante Ausweitung der finanziellen Bereiche und Institutionen im Verhältnis zu den produzierenden Bereichen und, eine sprunghafte Zunahme der Finanzvermögen im Verhältnis zu den Vermögen in den produzierenden und dienstleistenden Bereichen sowie der Infrastruktur. Damit verbunden sind eine starke Expansion der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft und eine Vergrößerung des überschüssigen Geldvermögens. Das Anlage suchende Geldkapital findet nicht Investitionsfelder zu gegebenen Renditeerwartungen, was zu rasant steigenden spekulativen Finanzströmen im globalen Maßstab führt. Das Akkumulationsregime verhindert, dass die erforderlichen größeren materiellen, Arbeits- und finanziellen Ressourcen dafür eingesetzt werden, Wohlstand und soziale Sicherheit für alle zu erhöhen und die ökologische Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen.

Das Überangebot an disponiblen Geldkapital drückt die Zinsraten nach unten; trotz günstiger Kredite bleiben die privatkapitalistischen wie öffentlichen Investitionsraten unzulänglich. Das schwache Wirtschaftswachstum, die sich verschärfende soziale Ungleichheit und internationale Standortkonkurrenz sowie die für den Erhalt und Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Kapitalstocks unzureichenden Investitionen schlagen sich in hohen Schuldenständen nieder (Staatsschulden, Unternehmensschulden, Schulden privater Haushalte). Laut Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für die kapitalistischen Hauptländer sind diese Schulden im Jahre 2014 auf 279 Prozent des BIP angestiegen. Niedrige Zinsen begünstigen eine Schuldenfalle, die wiederum durch eine staatliche Austeritätspolitik bekämpft wird, die soziale Sicherheit und öffentliche Zukunftsinvestitionen untergräbt.

Die zunehmende Durchsetzung des Neoliberalismus als dominante Wirtschaftsideologie und vor allem als bestimmende Wirtschaftspolitik führt zu weiteren Deregulierungen, Privatisierungen öffentlichen Eigentums, Austeritätspolitik zu Lasten von sozialer Sicherheit, Armutsbekämpfung und öffentlicher Daseinsvorsorge. Hierdurch werden Kaufkraft und Binnenmarkt sowie die davon abhängige Wirtschaftsdynamik geschwächt.

Eine lebenswerte Zukunft der Menschheit wird insbesondere durch folgende Funktionsstörungen des Kapitalismus untergraben: (1) zunehmende Polarisierung in der Verteilung der Einkommen und Vermögen – wachsende Armut und Konzentration des Reichtums beim reichsten ein Prozent der Bevölkerung – sowohl innerhalb der Nationalstaaten als auch weitgehend global. Es gab hier aber auch Gegentendenzen. So hat es in den letzten Jahrzehnten Wohlstandsgewinne für größere Teile der Weltbevölkerung in Schwellen- und Entwicklungsländern gegeben. Die absolute Anzahl der Menschen, die weltweit unter der Armutsgrenze leben, ist zurückgegangen. Fortschritte gab es bei der Bekämpfung verheerender Krankheiten und bei der Einschränkung des Analphabetentums. Die erreichten Ergebnisse haben jedoch bei weitem die von der UN festgelegten Millenniumsziele verfehlt. (2) Schwächung der öffentlichen Sphäre durch Unterfinanzierung und Privatisierung öffentlichen Eigentums; (3) verbreitete Korruption und Wirtschaftskriminalität, zunehmende Ballung ökonomischer und politischer Macht sowie erhöhter Einfluss des Lobbyismus; (4) zunehmende internationale Anarchie und Konflikte, Standortwettbewerb und Kampf um ökonomische und politische Vorherrschaft.

Zu den Funktionsstörungen des gegenwärtigen Kapitalismus müssten noch weitere Erscheinungen und Prozesse gezählt werden:

- Die von Marx untersuchte Entfremdung der Arbeit – eine grundlegende Eigenschaft der dem Kapitalverhältnis unterworfenen lebendigen Arbeit und der Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten (vgl. Marx, MEW Bd. 40, 1968: 514f) – prägt sich im gegenwärtigen Kapitalismus stärker und umfassender aus. Arbeitsintensität und die Flexibilisierung der Arbeit nehmen zu. Letztere ist für viele abhängig Beschäftigte mit der Forderung verbunden, rund um die Uhr verfügbar zu sein. Die Digitalisierung übt ambivalente Wirkungen auf die Arbeit aus und führt unter kapitalistischen Bedingungen neben positiven Möglichkeiten für eine stärkere Selbstbestimmung zu neuen Erscheinungen der Entfremdung der Arbeit.
- Die weitere Prekarisierung der Arbeit und des Lebens sowie die vorherrschende Ungewissheit und Angst vor der Zukunft untergraben die Bedingungen für die

Entwicklung der Zivilgesellschaft und eine breite demokratische Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben. Dies führt zur Aushöhlung der Demokratie, darunter eines ihrer Hauptfelder, der Wirtschaftsdemokratie.

- Die Einwirkung der Menschen auf die Naturverhältnisse unterliegt den verhängnisvollen Wirkungen des Profitstrebens und den spontanen Marktkräften. Ungeachtet ständiger Warnungen vor einer drohenden Klimakatastrophe und zahlreicher internationaler Konferenzen unter Schirmherrschaft der UN, um diese Gefahren einzudämmen, sind die bisher erzielten Ergebnisse unbefriedigend und bleiben weit hinter den notwendigen Schritten zurück. Für das Erreichen dieser Ziele ist das Ergebnis der Weltklimakonferenz Ende 2015 in Paris, dem alle 195 teilnehmenden Staaten zugestimmt haben, ein historisch wichtiger Schritt, auch wenn die eigentliche Arbeit der praktischen Umsetzung der Festlegungen noch bevorsteht. Dies betrifft natürlich auch die anderen Umweltprobleme, wie die verschiedenen Formen des Raubbaus an der Natur, die Verringerung der Biodiversität, die gravierende Umweltverschmutzung. Die Bedeutung der Vereinbarung von Paris sehen wir auch darin, dass damit gezeigt worden ist, dass eine Verständigung über zukunftsentscheidende Fragen ungeachtet der vorhandenen tiefen Interessengegensätzen der Teilnehmerstaaten möglich ist.
- Die EU und besonders die Eurozone sind zunehmend durch schwere und permanente krisenhafte Erschütterungen gekennzeichnet. Bisher bestehen kaum realistische Aussichten für die Lösung dieser Probleme in einer absehbaren Frist.

Diese Tendenzen, Widersprüche und Konflikte, die die Entwicklung des Kapitalismus im 21. Jahrhundert charakterisieren, machen deutlich, dass es sich hierbei dem Wesen nach nicht nur um konjunkturelle Krisen, krisenhafte Prozesse, Konflikte und Widersprüche in einzelnen Bereichen oder in einigen gesellschaftlichen Beziehungen handelt. Sie sind vielmehr Ausdruck einer systemischen Krise des Kapitalismus, die umfassenden Charakter aufweist und faktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einbezieht. Sie widerspiegeln die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Dies betrifft vor allem den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, vor allem die weitere Konzentration der ökonomischen Macht bei den großen Konzernen und Banken, insbesondere den Transnationalen Großunternehmen und den internationalen Finanzmärkten sowie deren bestimmenden Einfluss auf die Politik.

Daraus erwachsen Anforderungen an eine alternative Wirtschaftspolitik, die sich nicht mit der einen oder anderen Modifizierung der vorgefundenen Verhältnisse begnügt, sondern den Weg zur faktischen Überwindung dieser überholten Verhältnisse sucht.

Diese Prozesse und Zusammenhänge des modernen Kapitalismus sind für die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vor allem deshalb wichtig, weil sie eine gemeinsame Grundlage für alternative Wirtschaftspolitik bilden, die an sie zu stellenden Anforderungen in hohem Grad beeinflussen, die Verflechtungen zwischen den Alternativen auf den verschiedenen Politikfeldern deutlich machen sowie die Realisierungschancen der vorgeschlagenen Alternativen weitgehend bestimmen.

6. Die Transformation des Kapitalismus – eine Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Aus der Analyse der Widersprüche und Krisenprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus, ergeben sich Notwendigkeit und auch Möglichkeit seiner tiefgreifenden und umfassenden Transformation. Polanyi begründet in seinem Buch *The Great Transformation* zwei mögliche Antworten auf die Systemkrise des Kapitalismus: die faschistisch/diktatorische oder autoritäre, undemokratische Sicherung der Kapitalherrschaft als die eine Alternative und die sozialistische Überwindung der Marktgesellschaft als die andere, entgegengesetzte Alternative (Polanyi 1978)

Im Vordergrund steht im Folgenden die progressive Alternative zur Lösung der Systemkrise des modernen Kapitalismus. Es muss jedoch beachtet werden, dass aus dem zunehmenden Einfluss des Rechtspopulismus und dem Erstarken rechtsextremer Parteien in vielen Ländern Europas, beträchtliche Gefahren für eine autoritäre, antidemokratische Alternative hervorgehen

Die Transformation in eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft ist eine unverzichtbare Bedingung, um den sozialen Zusammenhalt zu erhalten, die Lebens- und Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen, um Demokratie, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit umfassend zu realisieren und die Bedingungen für eine freie, individuelle Entwicklung aller Menschen zu schaffen. Eine solche Transformation des Kapitalismus wird sich nach allen vorliegenden Erfahrungen nur als ein offener Prozess vollziehen können.

Gesellschaftliche Transformation ist mehr als ein Bündel einzelner Reformen oder Wandlungsprozesse. Transformation kann als ein besonderer Typ des gesellschaftlichen Wandels bezeichnet werden (Reißig 2015, 20), der erstens auf eine komplexe Verwirklichung mehrerer miteinander verflochtener Reformen gerichtet ist, und der zweitens nicht eine einfache Fortsetzung vorhandener Trends oder nur ihre Modifikation bedeutet, sondern einen Pfad- oder Paradigmenwechsel erfordert. Drittens verlangt ein solcher Wandel ein eingreifendes, bewusstes Handeln von Akteuren und hierdurch bewirkte Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Viertens muss er zukunftsorientiert sein – nicht als Verwirklichung eines schon feststehenden Modells oder Masterplans, sondern im Sinne von Visionen oder Vorstellungen, die auf bestimmten Zielen und entsprechenden Leitbildern beruhen. Deren Verwirklichung ist nur möglich sowohl als eine ständige Suche nach geeigneten Wegen einer Transformation, als auch als ständiger Kampf gesellschaftlicher Akteure um ihre Durchsetzung.

Für eine erfolgreiche Transformation ist es unerlässlich, die hierzu vorliegenden vielfältigen, positiven und negativen Erfahrungen auszuwerten. Eine Transformation zu einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft wird eine historisch lange Zeitspanne umfassen und sich nicht als gewaltsame und kurzfristige Veränderung der Eigentums- und politischen Machtverhältnisse vollziehen. (Klein 2013)

Die progressive Veränderung muss beginnen mit Alternativen im Kapitalismus. Diese sollten insbesondere dazu beitragen, die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung einzuschränken, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und Schritte in Richtung guter Arbeit zu gehen, die die Entfremdung der Arbeit einschränken. Sie müssten weiterhin darauf gerichtet sein, die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeit und auf allen Gebieten des Lebens herzustellen und sämtliche Formen der Diskriminierung zu überwinden, Bedingungen für eine demokratische Teilhabe der Menschen an den Entscheidungen zu schaffen, die

neoliberale Austeritäts-, Deregulierungs- und Privatisierungspolitik zurückzudrängen und die finanziellen Grundlagen für einen sozialpolitisch und ökologisch handlungsfähigen Staat zu sichern. Schließlich gilt es, die krisenfördernden, unsozialen und undemokratischen Strukturen und Regeln der EU und der Währungsunion zu überwinden, die Nord-Süd-Polarisierung zu vermindern und Kriegsgefahren einzudämmen.

Diese im Kapitalismus einsetzende Transformation stützt sich auf vielfältige Reformen für zahlreiche Politikfelder. Viele von ihnen wurden in den vorstehenden Kapiteln dieses Memorandums sowie in den Memoranden der vergangenen Jahre behandelt. (vgl. hierzu die zusammenfassende Darstellung in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2015, MEMORANDUM 2015, 75-105). Die Transformation darf aber bei diesen Reformen nicht stehen bleiben. Sie müssten in einer Transformation über den Kapitalismus hinaus fortgeführt werden, einer Transformation, die die Herausbildung einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft und Produktionsweise zum Ziel hat. Eine solche Transformation geht in ihrer Konsequenz über die Bewegungen zur Zurückdrängung der bis heute dominierenden Vermarktlichung aller Lebensbereiche hinaus. Sie verlangt die Überwindung der kapitalistischen Marktdominanz und der *Marktgeseellschaft*, nicht jedoch des Markts, als notwendige Bedingungen, damit auch die weiter oben beschriebenen grundlegenden Widersprüche, Konflikte und negativen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus überwunden werden können.

Für die Entwicklung realistischer Strategien zur Transformation des Kapitalismus muss beachtet werden, dass der Kapitalismus in Europa und in der Welt in unterschiedlichen Varianten bzw. Ausprägungen existiert. Die gegenwärtige Verschiedenheit der Kapitalismen ist vor allem Ergebnis längerer, differenziert verlaufender ökonomischer, sozialer und politischer Entwicklungsprozesse in den jeweiligen Ländern bzw. Ländergruppen, der Befreiung der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas von kolonialer Unterdrückung und Abhängigkeit sowie der Globalisierung und den ihr immanenten Kämpfen um eine neue Weltordnung.

In Europa und Nordamerika müsste grob unterschieden werden zwischen dem sogenannten rheinischen Kapitalismus (insbesondere Deutschland, Österreich, Schweiz, Niederlande) mit ihrem Sozialstaat, dem anglo-amerikanischen Kapitalismusmodell mit einem niedrigen Niveau sozialstaatlicher Sicherheit, dem skandinavischen oder schwedischen Modell mit einem ungeachtet des Abbaus in den letzten Jahren, noch relativ hohen Niveau sozialstaatlicher Regelungen, dem Kapitalismus in den südeuropäischen Ländern und dem Kapitalismus in den osteuropäischen, ehemals staatssozialistischen, Ländern. Weiter müssten die spezifischen Kapitalismusmodelle in Japan und in den asiatischen Schwellenländern, Ländern, in Süd- und Mittelamerika sowie in Afrika berücksichtigt werden. Eine größere Beachtung müssten die Spezifika der zunehmend staatskapitalistisch geprägten Wirtschaften Chinas und Vietnams finden.

Die Einflussfaktoren für die Herausbildung der verschiedenen Formen des Kapitalismus könnten in folgende Komplexe zusammengefasst werden:

- 1 Besonderheiten und Unterschiede, die sich in hohem Grader aus dem Verlauf der historischen Entwicklung, den konkreten historischen Bedingungen für die Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse ergeben. Hier müssten insbesondere die schwierigen und konfliktreiche Prozesse in den Entwicklungsländern bei der Befreiung von den schweren Folgen des

Kolonialismus und die widersprüchlichen Prozesse der Transformation in den Kapitalismus in den ehemals staatssozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas genannt werden.

- 2 Ökonomische Faktoren, vor allem erreichtes ökonomisches Entwicklungsniveau – BIP/Einwohner, Arbeitsproduktivität, verfügbare Innovationspotenziale und ihre Nutzung, Wirtschafts- und Produktionsstrukturen und Dynamik ihrer Veränderung, Umfang und Struktur des Exports und Imports, Überschüsse oder Defizite der Leistungsbilanz.
- 3 Umfang, Art und Weise sowie Wirksamkeit der Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung und an den weltweiten Kapital- und Finanzströmen, Bedeutung der Rohstoffexporte für die Exporterlöse.
- 4 Soziale Faktoren, insbesondere
 - Regelungen zur sozialen Sicherheit, insbesondere Umfang sowie Art und Weise der Finanzierung sozialstaatlicher Leistungen und der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit, Kultur
 - Höhe und Struktur der Erwerbstätigkeit – Höhe der Erwerbstätigenquote, differenziert nach Männern und Frauen, Anteil der abhängig Beschäftigten, der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft und der Bauern an den Erwerbstätigen;
 - Höhe der Arbeitslosigkeit, darunter der Langzeitarbeitslosigkeit, sowie Art und Wirksamkeit der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung.
 - Grad der Ungleichheit bei der Einkommensverteilung (Höhe des Gini-Koeffizienten) und in den Anteilen an den Vermögen sowie Umfang der Bevölkerung die in Armut lebt;
- 5 Sozial-ökonomische und politische Entwicklungsbedingungen, insbesondere:
 - Umfang und Rolle des öffentlichen Sektors sowie der verschiedener Arten des genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektors,
 - Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, darunter Wirtschaftsdemokratie bzw. entgegengesetzt Ausprägung autoritärer und diktatorischer Herrschafts- und Regierungsformen;
 - Institutionen und Instrumente sowie Umfang und Qualität der staatlichen Einflussnahme auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung,
 - Umfang und Einfluss des Lobbyismus. Rolle der Korruption

7. Wie könnte sich eine Transformation vollziehen?

Bisher gibt es noch keine Beispiele einer attraktiven und lebensfähigen Systemalternative zum Kapitalismus. Auf einzelnen Gebieten gibt es jedoch auch nach dem Scheitern des Realsozialismus Elemente von Alternativen zur kapitalistischen Produktion, wie z.B. alternative Wirtschaftsformen in Richtung gemeinwohlorientierter Solidarökonomie, kommunaler Wirtschaftsformen und Genossenschaften.

Wir befinden uns ständig in dem realen Widerspruch zwischen der krisenhaften Entwicklung aller wichtigen Seiten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im heutigen Kapitalismus sowie dem Versagen der neoliberalen Ideologie bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit einerseits und der Anpassungs- und auch Ausbreitungsfähigkeit des Kapitalismus sowie der Hegemonie des Neoliberalismus, die mit der Schwäche der linken Bewegungen in den meisten Ländern zusammenfällt, andererseits.

Mögliche Erfolge von Transformationsprozessen setzen vor allem voraus, dass die Subjekte bzw. Akteure und ihre gegenseitige Kooperation sich so entwickeln, dass sie in der Lage sind, notwendigen Veränderungen gegen den erbitterten Widerstand der ökonomisch und politisch Herrschenden in langwierigen, schwierigen Kämpfen durchzusetzen. Hierzu gehören auch Schritte zu einem Paradigmenwechsel im Bewusstsein und Denken der Mehrheit der Menschen, weg von der verbreiteten Akzeptanz der Profitorientierung, hin zu einer Denkweise, die das Wohl des Menschen als Sinn des Wirtschaftens begreift.

Die Gewerkschaften entwickelten sich in der Nachkriegszeit zum wesentlichen Faktor der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, des Soziallohnes und des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur. Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten alle entwickelten Industriestaaten ihre Steuerungs- und Sozialversicherungssysteme aus. Natürlich gab es nationale Unterschiede, aber die allgemeine Entwicklungsrichtung war in den kapitalistischen Ländern ähnlich. Die Wirtschaftsentwicklung sollte politisch kontrollierbar sein und unliebsame Marktergebnisse nachträglich korrigiert werden. Aktive makroökonomische Steuerung und sozialpolitische Umverteilung erweiterten das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Was nicht in direkten Verhandlungen mit der Kapitaleseite geregelt werden konnte, erfolgte über die Legislative. In der Wortschöpfung »Keynesianischer Wohlfahrtsstaat« kam dies plastisch zum Ausdruck.

Trotz ihrer Anstrengungen konnten es die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten nicht verhindern, dass sich die Verteilungsverhältnisse immer mehr zugunsten der Unternehmer- und Vermögenseinkommen verschoben haben. Sie verloren zunehmend an Durchsetzungskraft. Seit Jahren haben sie einen deutlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Der Niedergang der Gewerkschaften als Mitgliederorganisation ist kennzeichnend für die meisten kapitalistischen Staaten. Er schlägt sich in einer mehr oder minder deutlichen Erosion des Tarifvertragssystems und einer schleichenden Aushöhlung der Tarifautonomie nieder. Der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, die Ausweitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Rückbau im Bereich der sozialen Sicherung (Lohnersatzzahlungen, Soziallohn) fasst sich letztlich in einer Tendenz der Senkung des allgemeinen Reallohnlevels zusammen.

Nach Streek u.a. ist der Kapitalismus auf Gegenkräfte wie die Gewerkschaften angewiesen, die ihn davor bewahren, gewissermaßen an sich selbst zu zerbrechen (Streek 2015a:111). Gerade im modernen, finanzgetriebenen Kapitalismus bedarf es einer starken Interessenvertretung auf Seiten der Arbeit. Das zeigen die tagtäglichen Konflikte. Die Organisationsformen und -inhalte haben sich für die tarifvertraglich regulierte Erwerbsarbeit in den letzten Jahrzehnten stark geändert. Parallel haben die ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnisse ein beträchtliches Gewicht an der gesamtgesellschaftlichen Erwerbsarbeit erhalten. Große Bevölkerungsschichten werden aus dem Prozess der marktvermittelten Kapitalverwertung und Produktion ausgegrenzt oder z.T. in Erwerbsverhältnisse gezwungen, die objektiv die Funktion des Sozialdumpings gegenüber den

»Normalarbeitsverhältnissen« erfüllen. Eine entschiedene Interessenvertretung der wirklichen Produzenten in der gesellschaftlichen Wertschöpfung ist unverzichtbar. Ohne Gegenwehr wäre die Ausbreitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen, die immer unverschämter geforderte Arbeitszeitverlängerung und die Verschlechterung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen die dominierende Tendenz. Gewerkschaften müssen sich immer stärker mit sozialer Sicherheit – Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit – befassen.

Stärker als in den Nachkriegsjahrzehnten wird deutlich: Die Gewerkschaften dürfen sich nicht im alltäglichen Kleinkrieg mit dem Kapital verlieren. Die politische Ökonomie der Lohnarbeit zielt nicht nur auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Eine gerechte Aufteilung des erwirtschafteten gesellschaftlichen Produkts und damit eben auch der Verteilung der verfügbaren Zeit der Gesellschaft ist an eine Veränderung der Machtverhältnisse in der Wirtschaft, d.h. in den Unternehmen und in der gesamten gesellschaftlichen Ökonomie, gebunden. Ziel kann nur sein: die ökonomische Emanzipation der Lohnabhängigen durch die Veränderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Es geht um eine Alternative, die auf einer umfassenden Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, auf der Einheit und Gleichzeitigkeit von Freiheit und sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit beruht, die darauf gerichtet ist, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern und dies mit einem nachhaltigen, zukunftsfähigen sozial-ökologischen Umbau zu verbinden.

„Als Alternative zu der vorherrschenden einseitigen Machtkultur der Unternehmenseigner und angestellten Managerwird ... die Forderung nach einer *demokratisierten und partizipativen Unternehmenskultur* erhoben.“ (Bontrup, 2013a, 27) Gegen die Ausbreitung des autoritären Kapitalismus könnte sich die Stärkung der Wirtschaftsdemokratie als eine die eigenen Kräfte mobilisierende Alternative erweisen, um die höhere Autonomie der Beschäftigten für die Durchsetzung solcher Arbeitsbedingungen zu nutzen, die ein gutes Leben ermöglichen.

Bei diesen Kämpfen um soziale Gleichheit, Emanzipation, Demokratisierung kommt der realen Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft eine entscheidende Rolle zu. Ihre Realisierung setzt vielfältige und tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft und in den individuellen Lebensverhältnissen voraus. Hierzu gehören: Überwindung der alten, die Frauen diskriminierenden Arbeitsteilung und Verteilung der Arbeit auf Frauen und Männern zwischen den Bereichen Erwerbsarbeit, Familien- und Carearbeit, ehrenamtliche Arbeit und Freizeit, Aufwertung der Sozialen Reproduktion als gleichwertiger ‚gesellschaftlich und ökonomisch ebenso relevanter Bereich wie die marktvermittelte Erwerbsarbeit, höhere Anteile der Frauen in leitenden Tätigkeiten entsprechend der erworbenen Qualifikation, Überwindung diskriminierender Lohnunterschiede u.a. durch eine höhere Bewertung der Arbeit in den Bereichen der sozialen Dienste, zielgerichteter Ausbau der Bereiche der sozialen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge, Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich.

Für die Kämpfe um die Verwirklichung von Alternativen muss davon ausgegangen werden, dass es nicht *das* historische Subjekt als Träger dieser Auseinandersetzungen gibt. Der Kreis potenzieller Akteure, die sich für Veränderungen der herrschenden Politik und der dazu geschaffenen Institutionen

einsetzen ist größer und vielfältiger geworden. Die Akteure beteiligen sich an den Kämpfen als Individuen und zugleich als Teile von sozialen und politischen Bewegungen, wie Gewerkschaften, Bewegungen für die Emanzipation und Gleichstellung der Frauen und zur Überwindung aller Arten der Diskriminierung, junger Menschen, zunehmend untereinander in sozialen Netzwerken digital vernetzt, von Friedensbewegungen, Umweltverbänden, Bewegungen für Solidarität mit Entwicklungsländern, politische Parteien. Dabei nehmen die Anforderungen zu, ein wirksames Zusammengehen von Akteuren und Akteursgruppen – neue Akteurskonstellationen – herauszubilden, um die Zersplitterungstendenzen der Akteure zu überwinden und damit die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu erhöhen. Dies gilt in hohem Grade auch für die notwendige internationale Verflechtung von Akteuren, sozialen Bewegungen und progressiven Parteien verschiedener Länder.

Um die Ziele und Leitbilder einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft zu erreichen, sind viele gesellschaftliche Veränderungen notwendig. Unter diesen gibt es jedoch einige Grundbedingungen, die unerlässlich für die Realisierung dieser Ziele und Leitbilder sind, die überhaupt erst die Spiel- und Handlungsräume für deren Verwirklichung schaffen, ohne die eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft nur ein Wunschtraum bleibt. Zu diesen grundlegenden Bedingungen einer entwicklungs- und lebensfähigen Alternative zum Kapitalismus, die hier nur knapp skizziert werden:

- Die *Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der von ihnen weitgehend bestimmten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse*. Die Dominanz des kapitalistischen Eigentums, insbesondere der nationalen und transnationalen Konzerne und Großbanken und deren Einfluss auf die Politik durch Lobbyismus und andere Instrumente, muss gebrochen werden.

Konzerne, Großunternehmen und Banken, die eine wirtschaftlich dominierende Rolle spielen und einen starken, von ihren Interessen geleiteten Druck auf die Politik ausüben, müssten soweit vergesellschaftet werden, dass ihre ökonomische Dominanz überwunden werden kann. Diese Vergesellschaftung kann auf unterschiedlichen Wegen und in verschiedenen Formen vollzogen werden..

Die Überführung in öffentliches Eigentum gilt insbesondere für die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Infrastruktur, die Rüstungsproduktion, die Finanzwirtschaft. In den Unternehmen, die sich im öffentlichen Eigentum befinden und in dem weiterbestehenden umfangreichen Bereich kapitalistischer Unternehmen ist eine breite demokratische Mitbestimmung und öffentliche Kontrolle zu gewährleisten. Möglichkeiten und Zweckmäßigkeit einer Arbeitnehmerbeteiligung an den Unternehmen sollten weiter, unter Auswertung vorliegender Erfahrungen, u.a. der Arbeitnehmerfonds in Schweden, erörtert werden.

Betriebe der Gemeinwohl- und Solidarökonomie sowie Genossenschaften, die durch einen hohen Grad der Selbstbestimmung charakterisiert sind, sollten wirksam gefördert werden. Dies gilt auch für regionale und kommunale Betriebe im Rahmen von Solarparks, Bioenergiedörfern, der kommunalen Energie- und Wasserversorgung. Sie stellen wichtige Initiativen und Beispiele für neue, selbstbestimmte Produktionsverhältnisse dar, die auch erweitert werden sollten. Sie können jedoch für sich nicht die entscheidenden Träger einer grundlegenden Änderung der Eigentumsstrukturen des Kapitalismus sein.

Insgesamt sollte davon ausgegangen werden, dass eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaft auf einem breiten Eigentumspluralismus beruhen wird.

Die Veränderungen in den Eigentumsstrukturen müssen Grundlage für eine umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sphären auf den verschiedenen Ebenen sein, global, in der Europäischen Union/Eurozone, gesamtstaatlich, regional in den Ländern und Kommunen und in den Unternehmen. Es gilt insbesondere, die reale Partizipation der Beschäftigten an den Entscheidungen zur Entwicklung der Investitionen, zu Veränderungen der Produktionsstrukturen, zu wichtigen Innovationen und darüber hinaus an allen Prozessen die Einfluss auf die Arbeitsbedingungen haben.

- Die *Herausbildung und Durchsetzung einer neuen Regulierungsweise der Wirtschaft und aller mit ihr verflochtenen Bereiche der Gesellschaft*. Diese sollte auf einer Kombination von Plan und Markt bzw. von gesellschaftlicher und Marktregulierung beruhen. Damit könnten sowohl die Einseitigkeiten, Starrheit und Übertreibungen einer allumfassenden zentralistischen Planung vermieden werden, wie auch das absolute, blinde Vertrauen in die Marktkräfte (Marktgläubigkeit). Es kommt darauf an, negative Effekte beider Regulierungsweisen soweit wie möglich zu vermeiden – u.a. durch die Stärkung des Prinzips der Kooperation anstelle von Konkurrenz, und die Begrenzung einer zentralen Planung auf das Notwendige – und ihre positiven Wirkungen so umfassend wie möglich zu nutzen. Zugleich gilt es diese gesellschaftliche Regulierung, bei der dem Staat eine wichtige Rolle zukommt, eng mit einer breiten demokratischen Teilhabe der Menschen an Entscheidungen, die ihre Arbeit und ihr Leben betreffen, auf allen Ebenen zu verbinden.

Die Verbindung zwischen staatlicher bzw. gesellschaftlicher Regulierung und der Regulierung durch den Markt wird in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Aufgaben unterschiedlich sein. Eine gesamtstaatliche Regulierung muss es vor allem bei der Durchsetzung des sozial-ökologischen Umbaus, der Durchsetzung notwendiger, tiefgreifender Innovationsprozesse und Strukturveränderungen sowie bei der Bestimmung der wichtigsten Verteilungsproportionen des verfügbaren BIP geben, der Relation zwischen Konsumtions- und Akkumulationsfonds sowie deren inneren Verwendungsstrukturen. Bei der Konsumtion geht es vor allem um die Proportionen zwischen ihrem Einsatz für Arbeitseinkommen, Einkommen Selbständiger und Unternehmer die für konsumtive Zwecke eingesetzt werden und für Aufgaben der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit. Bei der Akkumulation steht die Proportion zwischen öffentlichen Investitionen (insbesondere für öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur) und Investitionen in die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Vordergrund. Bei der Herstellung der Waren zur Deckung des Bedarfs und der Allokation der hierfür einzusetzenden Mittel wird im Unterschied zum gescheiterten Staatssozialismus dem Markt die entscheidende Funktion zukommen. Insgesamt sollte die gesellschaftliche Regulierung vor allem für Gestaltung makroökonomischer Prozesse bestimmend sein.

Die Art und Weise der Regulierung kann jedoch nur in einigen Grundrichtungen und nicht in ihren konkreten Formen vorweg bestimmt werden. Die konkrete Art und Weise der Regulierung der ökonomischen Entwicklung kann sich erst in einem längeren Prozess des Lernens und der Auswertung von Erfahrungen herausbilden.

- Eine *wirksame Motivation der Beschäftigten, der Unternehmen und Betriebe mit ihrem Management an einer innovativen und effektiven Herstellung qualitativ guter Gebrauchsgüter und Dienstleistungen in Übereinstimmung mit dem Bedarf und seiner Entwicklung, sowie mit den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit*. Höhere Effizienz darf nicht auf einem stärkeren Arbeitsdruck und erhöhtem Stress beruhen, sondern muss mit guter Arbeit, die die Entfaltung und Nutzung der Fähigkeiten der Individuen fördert, und mit einer Verkürzung der Arbeitszeiten verbunden werden.

Für die Unternehmen, die im öffentlichen Eigentum sind, gilt es ein System von wirksamen Anreizen herauszubilden, die eine rationelle, innovative und auf die Befriedigung des Bedarfs nach qualitativ hochwertigen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen gerichtete Arbeit fördert. Dazu müssten die notwendigen Voraussetzungen zur Eigenerwirtschaftung der Mittel durch die Unternehmen und Betriebe geschaffen werden, die für eine solche Reproduktion eingesetzt werden, die den Umwelterfordernissen entspricht, auf hohe Effektivität, gute Arbeit und hohe Qualität der Produkte und Leistungen gerichtet ist und die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in den Betrieben verbessert.

Hierfür ist es notwendig, gründlich zu untersuchen, wie Fehlentwicklungen im Staatssozialismus und Entstellungen der sozialistischen Idee, die Hauptursachen für das Scheitern des sozialistischen Versuchs waren, in Zukunft verhindert werden können. In den realsozialistischen Ländern gab es auch Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, die sich mit den Mängeln der Planwirtschaft kritisch auseinandersetzten insbesondere mit der zentralistischen Planung und Leitung, die den Betrieben, dem Management und vor allem den Belegschaften, völlig unzureichende Möglichkeiten für selbständiges wirtschaftliches Handeln und für eine wirkliche Mitgestaltung und Partizipation gab. Gegenstand der Kritik war auch die unbefriedigende Nutzung der Kategorien und Instrumente des Markts. Hierzu gehörten u.a. Leonid Abalkin (UdSSR,)Fritz Behrens (DDR), Oskar Lange (Polen), Janos Kornai (Ungarn). Ota Sik (CSSR)

Zugleich sollte gezeigt werden, dass und wie wichtige soziale Errungenschaften des Realsozialismus erhalten und entsprechend den neuen Möglichkeiten und Herausforderungen im 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden können. Es müssten vor allem Methoden und Instrumente entwickelt werden, mit denen bisher nicht bewältigte Probleme und Herausforderungen durch eine umfassende Demokratisierung und neue Qualität der Regulierung besser gelöst werden können.

In die weiteren Arbeiten zu Problemen und Bedingungen einer erfolgreichen alternativen Wirtschafts- und Transformationspolitik gilt es verstärkt die vielen noch offenen Problemen und Fragen in die Untersuchungen und Diskursprozesse einzubeziehen. Hier können nur einige dieser Fragen erwähnt werden: Wie sind die Entwicklungs- und Anpassungsmöglichkeiten des Kapitalismus einzuschätzen? Worin bestehen „Knotenpunkte“ für den Übergang von Reformen im Kapitalismus zu einer Transformation in Richtung einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft? Wie können die auch in einer nichtkapitalistischen Gesellschaft bestehenden Interessenunterschiede zwischen den Belegschaften der Betriebe und der Gesellschaft gelöst werden? Welche Probleme sind für eine sinnvolle Gestaltung der Beziehungen zwischen Marktregulierung und gesellschaftlicher Regulierung zu beachten?

Literatur

Altwater, Elmar (2005), Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2015), MEMORANDUM 2015, 40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit, Köln.

Brie, Michael (2015): Polanyi neu entdecken, Hamburg.

Bontrup, H.J. (2013a): Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 5. Aufl., Köln.

Bontrup, H.J (2013b): Krisenkapitalismus und EU-Verfall, Köln.

Crouch, Colin (2011a): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.

Crouch, Colin (2011b): Das lange Leben des Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 11, S. 49-62

Dörre, Klaus (2011): Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze, in: Berliner Debatte Initial, 4/2011

Durkheim, Emile (1988) Über soziale Arbeitsteilung; Berlin

Fraser, Nancy (2012a): Post-Polanyische Reflektionen über die Krise des Kapitalismus, in: Etges, Andreas/Fluck, Winfried (Hrsg.), American Dream? Eine Weltmacht in der Krise, Frankfurt a.M.

Harvey David (2015): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus Frankfurt a. M..

Honneth, Axel (2015), Die Idee des Sozialismus – Versuch einer Aktualisierung, Berlin

Huffschmid, Jörg (2002), Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg

Keynes, John Maynard (2011): Das Ende des Laissez-Faire, Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft. Berlin.

Keynes, John Maynard (1930): Wirtschaftliche Möglichkeiten unserer Enkelkinder, in: Reuter, Norbert (2007). Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg.

Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.

Keynes, John Maynard (1963): Proposals for an International Clearing Union; in: World Monetary Reform, Plans and Issues, ed. By H.G. Grubel, Stanford (California).

Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute, Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.

Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2014), Spaltende Integration: der Triumph gescheiterter Ideen in Europa revisited. 10 Länderstudien, Hamburg.

Marx/Engels Werke, Bd. 40, 1968, Berlin.

Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt a.M.

Reißig, Rolf (2012): Die »Zweite Große Transformation«, Pankower Vorträge 169, Helle Panke, Berlin.

Robinson, Joan (1968): Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt a.M.

Joseph A. Schumpeter (1972 3. Auflage), Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.; Bern

Steinitz, Klaus/Walter, Dieter (2014), Plan – Markt – Demokratie Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen, Hamburg,

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.

Streeck, Wolfgang (2015a): Wie wird der Kapitalismus enden? Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3.

Streeck, Wolfgang (2015b): Wie wird der Kapitalismus enden? Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4.

Immanuel Wallerstein, Randall Collins , Michael Mann, Georgi Derluguian , Craig Calhoun (2014): Stirbt der Kapitalismus?: Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M.

Weber, Max, (2006), Wirtschaft und Gesellschaft, Wien

Žižek, Slavoj (2015): Ärger im Paradies – Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus, Frankfurt a.M.

(Vom Autor für das MEMORANDUM 2016 eingereichter Beitrag, der vom Autor an einigen Stellen erweitert wurde.)